

„Deutschland nach der Krise? Herausforderungen und Aussichten“

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat u.a. Deutschland, auch aufgrund seiner starken Exportorientierung, schwer getroffen. Befindet sich die Bundesrepublik bereits auf dem Weg aus der Krise oder ist ein Ende noch nicht in Sicht? Welchen künftigen Herausforderungen sieht sich Deutschland gegenüber und welche Aussichten bestehen für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigte sich Christoph Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und seit März 2009 Mitglied des Sachverständigenrates, in seinem Vortrag im Rahmen des **cege**-Forschungs-kolloquiums Anfang Februar 2010.

Im ersten Teil seines Vortrages gab Schmidt zunächst einen Überblick über den globalen Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise. Anhand von Daten zur Entwicklung des Welthandels sowie zur weltweiten Industrieproduktion zeigte er, dass sich dabei durchaus Parallelen zur Großen Depression des letzten Jahrhunderts ziehen lassen, es aber seit Mitte 2009 deutliche Anzeichen einer Stabilisierung der Weltkonjunktur gibt. Allerdings verwies Schmidt auch auf weiterhin bestehende Schwierigkeiten, wie beispielsweise den enormen Anstieg der öffentlichen Verschuldung oder die überdies schwierigen Finanzierungsbedingungen.

Im Anschluss daran wendete sich der Referent der vergangenen und gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation innerhalb Deutschlands zu. So konstatierte Schmidt, dass die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Jahre 2009, vor dem Hintergrund des beträchtlichen Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ungewöhnlich robust verlaufen sei, jedoch von künftigen Anpassungen auszugehen ist. Anschließend wendete er sich der Finanzmarktsituation Deutschlands zu. Hierbei wurden insbesondere die Aspekte einer gesunkenen Kreditvergabe an nicht-finanzielle Unternehmen, die Gefahr einer erodierenden Eigenkapitalbasis der Banken sowie die implizite Absicherung der von kommerziellen Kreditinstituten eingegangenen Risiken durch die Gesellschaft angesprochen. Sodann stellte Schmidt Vorschläge des Sachverständigenrats zur Reform der Finanzmarktordnung vor und analysierte anschließend die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland.

Während sich der Referent im dritten Teil seines Vortrages



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

mit aktuellen Prognosen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beschäftigte, wurden im Anschluss daran wirtschaftspolitische Empfehlungen abgeleitet. Im Wesentlichen wurden dabei drei Punkte besonders hervorgehoben: Haushaltskonsolidierung und ein glaubwürdiges Ausstiegsszenario der Geldpolitik, bildungs- und innovationspolitische Maßnahmen als Zukunftsinvestitionen sowie eine langfristige Verbesserung der deutschen Standortattraktivität.

Als Fazit konstatierte der Referent, dass die deutsche Wirtschaftspolitik die Konjunktur in 2010 weiter stützen, aber den anstehenden Ausstieg bereits jetzt vorbereiten sollte. Zudem sollten sinnvolle Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden, um das Wirtschaftswachstum zu beflügeln. Der Wirtschaftspolitik stehe daher, so Schmidt, ein schwerer Balanceakt bevor, bei dem viel Gutes bewirkt, aber auch erhebliche Fehler begangen werden können.

Dem engagierten Vortrag des Wirtschaftsweisen folgte eine rege Diskussion. Unter anderem wurde dabei auch eine mögliche Steuer auf Bankentransaktionen zur Lösung bzw. Verringerung des Systemrelevanzproblems diskutiert.

Sascha Wolff, **cege**

Deutschland nach der Krise? Herausforderungen und Aussichten.....	S. 1
Zur Diskussion: Ost-West-Wanderung im wiedervereinten Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven	S. 2
Zur Diskussion: Arbeitsplatzverlustängste, Internationaler Handel und Happiness.....	S. 3
cege -Aktuell	S. 4

Ost-West-Wanderung im wiedervereinten Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven



Auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist das Phänomen der Ost-West-Migration innerhalb Deutschlands nach wie vor von großer Bedeutung. So hatten die neuen Bundesländer im Zeitraum von 2005–2007 noch immer jährliche Nettomigrationsverluste von durchschnittlich 52.600 Personen zu verzeichnen, was einer jahresdurchschnittlichen Nettoabwanderungsrate von etwa 0,4% der Bevölkerung entspricht. Das Gesamtausmaß

dieser Wanderungsbewegungen erreichte ungeahnte Dimensionen. Insgesamt verlor Ostdeutschland über den Betrachtungszeitraum von 1989 bis Ende 2007 hinweg allein durch Abwanderung ungefähr 10,4% seiner ursprünglichen Bevölkerung vom Jahresanfang 1989 (etwa 1,73 Mio. Personen).

Noch sehr viel wichtiger als das quantitative Ausmaß ist allerdings die Selektivität dieser Wanderungsbewegungen. Blickt man auf die geschlechts-, alters- und qualifikations-spezifische Zusammensetzung des Ost-West-Wanderungssaldos im besagten Zeitraum, so wird deutlich, dass die Mehrheit der Abwanderer weiblich, jung (im Alter von 18 bis unter 30 Jahren) sowie gut- und hochqualifiziert ist.

Die obigen Ausführungen unterstreichen nicht nur die nach wie vor bestehende hohe Relevanz des Phänomens Ost-West-Migration im innerdeutschen Kontext, sondern werfen auch die Frage nach den Gründen bzw. Determinanten sowie dem zukünftigen Ausmaß dieser Abwanderung auf.

Die Ergebnisse einer eigenen makroökonomischen Analyse hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Bestimmungsgrößen der Ost-West-Wanderung für den Betrachtungszeitraum 1991–2007 zeigen nun, dass sowohl regionale Differenzen in den realen Pro-Kopf-Einkommen zwischen ostdeutschen Herkunfts- und westdeutschen Zielbundesländern sowie regionale Unterschiede in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation wichtige Determinanten der Wanderungsbewegungen Ost-West darstellen. Ferner kann die Beziehung zwischen dem Alter/der Qualifikation und der Migration, wie von der ökonomischen Wanderungstheorie vorgeschlagen, indirekt bestätigt werden. Überdies spielen die Migrationskosten sowie Netzwerkeffekte der Migration eine wichtige Rolle. Regionale Disparitäten in den Mieten als Indikator für regionale Unterschiede in der Wohnungs- und Immobilienmarktsituation sowie infrastrukturelle Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland scheinen dagegen keine signifikante Bedeutung für die Erklärung der Wanderungsbewegungen im ost-west-deutschen Kontext zu haben.

Die Analyse zeigt damit, im Gegensatz zu anderen empirischen Studien aus diesem Bereich, dass neben den traditionellen Bestimmungsfaktoren der Migration (i.e. Einkommensdifferenzen sowie Unterschiede in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation) weitere wichtige Einflussgrößen bei der Erklärung der Ost-West-Migration nach der Wiedervereinigung ebenfalls eine signifikante Rolle spielen.

Zusätzlich wurden die Determinanten der gegenläufigen Migrationsbewegungen in West-Ost-Richtung eingehend analysiert, um auf dieser Grundlage das zukünftige Ausmaß der ost-westdeutschen Wanderung zu bestimmen.

Die darauf aufbauenden Vorhersageergebnisse bei drei verschiedenen Wanderungsszenarien deuten nun jeweils auf einen erheblichen Rückgang der Wanderungsströme Ost-West über den Prognosehorizont von 2008–2015 hin. Die gegenläufigen Wanderungsbewegungen West-Ost sind zwar auch einem abnehmenden Trend unterworfen, allerdings nicht in diesem Umfang. Daraus wiederum resultieren abnehmende und sich zum Ende des Vorhersagezeitraums stabilisierende Wanderungssalden zwischen Ost- und Westdeutschland (mit geringfügigen Nettozuwanderungsgewinnen für den Osten zum Ende des Prognosehorizontes).

Die wahrscheinlichste Erklärung für einen zukünftig stark rückläufigen Abwanderungstrend aus Ostdeutschland liegt in der sich verringernden ostdeutschen Basisbevölkerung. Diese wiederum ist das Ergebnis eines auf den Geburten-einbruch Anfang bis Mitte der 90er-Jahre zurückzuführenden Rückgangs der nachrückenden Generation sowie die in der Vergangenheit verzeichneten Abwanderungsverluste des Ostens.

Es stellt sich nun die Frage, welche wirtschaftspolitischen Implikationen sich hinsichtlich der ökonomischen Konsequenzen aus den vergangenen hohen und selektionsspezifischen Nettoabwanderungsverlusten sowie den sich zukünftig vermutlich stabilisierenden Wanderungssalden für Ostdeutschland ableiten lassen.

Aus dem Zusammenspiel eines negativen natürlichen Bevölkerungssaldos sowie den vergangenen hohen und selektionsspezifischen Nettoabwanderungsverlusten lässt sich als Konsequenz zunächst ein beschleunigter demographischer Wandel, mit einer substantiellen Bevölkerungsschrumpfung und verstärkten Bevölkerungsalterung für Ostdeutschland konstatieren. Die wirtschaftlichen Implikationen von Bevölkerungsrückgang- und -alterung wirken sich einerseits in einer sich verringerten erwerbsfähigen Bevölkerung aus, was wiederum langfristig auch negative Wachstumseffekte mit sich bringen kann. Andererseits kann sich eine solche Entwicklung aber auch nachteilig auf die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft auswirken, da beispielsweise die Anzahl der Unternehmensneugründungen künftig eher zurückgehen wird.

Nicht zu vergessen sind die Effekte die aus der vergangenen Abwanderung gut- und hochqualifizierter Individuen resultieren. Diese Humankapitalmobilität aus Ostdeutschland und der damit verbundene Humankapitalverlust kann langfristig wiederum negative Wachstums- und Konvergenzeffekte für Ostdeutschland mit sich bringen, aber auch zu einem noch gravierenderen Fachkräftemangel (über das bisherige Maß hinaus) für den östlichen Teil Deutschlands führen.

Dr. Sascha Wolff,
cege/Georg-August-Universität Göttingen

(Grundlage des Textes ist die vom Autor verfasste Dissertationsschrift, die im April 2010 im Optimus Verlag Göttingen erscheinen wird)

Arbeitsplatzverlustängste, Internationaler Handel und Happiness

Während in der Soziologie, der Organisationspsychologie und anderen Feldern der Sozialwissenschaften Arbeitsplatzverlustängste ein wichtiger Forschungsgegenstand sind, spielt in den Wirtschaftswissenschaften die Analyse solcher Ängste eine sehr untergeordnete Rolle.

Dies ist bedauerlich, zum einen, da die Wirtschaftswissenschaften einen relevanten methodologischen Beitrag zur Erforschung von Arbeitsplatzverlustängsten leisten könnten; zum anderen, weil Arbeitsplatzverlustängste wichtige wirtschaftspolitische Implikationen haben.

Dies wird besonders deutlich im Hinblick auf die Wohlfahrtswirkungen von Arbeitsplatzverlustängsten. Während die Wirkung objektiver individueller Arbeitslosigkeit sowie ihre Interaktionen mit aggregierten Einflussgrößen auf die subjektive Wohlfahrt in zahlreichen empirischen Arbeiten untersucht wurden, spielt die Wohlfahrtswirkung der subjektiven Angst vor Arbeitslosigkeit in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur keine Rolle.

Entscheidend ist aber, dass die subjektive Angst vor Arbeitsplatzverlust nur lose mit dem objektiven Risiko des Arbeitsplatzverlustes in Beziehung steht. In einem aktuellen Papier (I. Geishecker, Perceived Job Insecurity and Well-Being Revisited: Towards Conceptual Clarity, cege-Diskussionspapier, 90/2009) wird ein einfaches theoretisches Konzept für Arbeitsplatzverlustangst vorgestellt, aus dem dies deutlich wird und aus dem sich ein empirischer Ansatz ableiten lässt.

In dieser vereinfachten Betrachtung speisen sich Arbeitsplatzverlustängste aus zwei Komponenten: a) der subjektiv empfundenen Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren und b) der subjektiven erwarteten Nutzeneinbuße, die sich aus dem Verlust des Arbeitsplatzes ergibt.

Es ist davon auszugehen, dass die subjektiv empfundene Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren zwar zu einem großen Teil vom objektiven Risiko des Arbeitsplatzverlustes bestimmt wird, aber darüber hinaus auch von individuellen, in der Regel unbeobachtbaren, Charakteristika abhängt. Mit anderen Worten, zwei Individuen können das gleiche objektive Risiko sehr unterschiedlich bewerten. Auch die zweite Komponente, die erwartete Nutzeneinbuße aus einem Arbeitsplatzverlust, ist stark individuell geprägt. Sie hängt entscheidend von den erwarteten Beschäftigungsoptionen ab. D.h., welche Erwartungen haben Individuen in Bezug auf ihre Chancen, einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden? Mit welcher Arbeitslosigkeitsdauer rechnen sie? Wie empfinden sie die Höhe der Arbeitslosenunterstützung? Wichtig für die erwartete Nutzeneinbuße durch Arbeitsplatzverlust sind allerdings nicht nur pekuniäre Aspekte, sondern auch, wie in der soziologischen Literatur etabliert, nicht-pekuniäre wie zum Beispiel der Verlust sozialer Kontakte, Status und Identität.

Demnach beinhalten Erwartungen bezüglich der Nutzeneinbuße durch Arbeitsplatzverlust immer einen Vergleich zwischen dem individuellen Nutzen in der aktuellen Situation, d.h. im aktuellen Beschäftigungsverhältnis, und einem hypothetischen Nutzen nach Arbeitsplatzverlust.

D.h., individueller Nutzen und Arbeitsplatzverlustangst stehen in einer simultanen Beziehung zueinander. Entsprechend sind die Koeffizienten eines naiv geschätzten Modells zur Erklärung des Einflusses von Arbeitsplatzverlustängsten auf die subjektive Wohlfahrt verzerrt.

Dutzende empirische Studien in der soziologischen und psychologischen Literatur haben diesen Zusammenhang bisher ignoriert.

In dem bereits erwähnten aktuellen Papier wird das Konzept der Arbeitsplatzverlustängste auf Daten des Sozio-Ökonomischen Panels angewendet. Nachdem für den besagten Simultanitätsbias mit Hilfe eines Instrumentenschätzers korrigiert wird, ist der negative Wohlfahrtseffekt von Arbeitsplatzverlustängsten mehr als doppelt so groß wie naive Schätzungen suggerieren. Arbeitsplatzverlustängste sind damit entscheidende Determinanten subjektiver Wohlfahrt. Ihre negativen Wohlfahrtswirkungen sind zum Beispiel größtmäßig vergleichbar mit denen einer sehr schlechten Gesundheit. Interessanterweise findet man sogar die paradoxe Situation, dass für besonders ängstliche Individuen die assoziierte negative Wohlfahrtswirkung größer ist als die des tatsächlichen Arbeitsplatzverlustes.

Spannt man einen weiten Bogen, hat dies unter anderem Implikationen für die Analyse der Wohlfahrtseffekte internationalen Handels. Niemand wird ernsthaft die langfristigen positiven Wohlfahrtswirkungen internationalen Freihandels in Frage stellen, zumindest wenn man auf ein objektives Wohlfahrtsmaß wie aggregiertes Einkommen abstellt. Vor dem Hintergrund sich schnell ändernder kaleidoskopischer komparativer Vorteile ergibt sich durch Freihandel allerdings auch die Notwendigkeit zunehmend flexiblerer Arbeitsverhältnisse, wovon nicht nur Niedrigqualifizierte betroffen sind. Die subjektiven Wohlfahrtswirkungen der daraus folgenden Arbeitsplatzverlustängste sollten daher entsprechend mitbedacht werden.

Dies hat auch eine wichtige politische Dimension:

Gemäß einer aktuellen Umfrage des German Marshall Funds (GMF Transatlantic Trade and Poverty Reduction Survey) sind bereits heute ca. 42 Prozent aller befragten Deutschen der Meinung, dass Freihandel mehr Arbeitsplätze vernichtet als generiert, und 43 Prozent aller Befragten Globalisierung insgesamt als unvorteilhaft empfinden. In anderen Industrieländern sind diese Umfragewerte nur unwesentlich verschieden davon.

Es wäre nur logisch, wenn eine zunehmende Angst vor Arbeitsplatzverlust mit einhergehenden subjektiven Wohlfahrtsverlusten die Opposition gegen Freihandel und Globalisierung insgesamt erhöht. Dabei ist es zunächst unerheblich, ob diese Ängste begründet oder unbegründet sind. Die Fähigkeit der Wirtschaftswissenschaften, der Opposition gegen Freihandel in der öffentlichen Debatte konstruktiv entgegenzutreten, wird daher auch davon abhängen, inwieweit sich ein Verständnis über die Formation und Wirkung von Arbeitsplatzverlustängsten etablieren kann.



Prof. Ingo Geishecker, PhD
cege/Georg-August-Universität Göttingen

Drittmittelprojekt „Indexing Trafficking in Human Beings: Gauging its Trends, Causes and Consequences in the European Dimension“

Nach Angaben der Europäischen Kommission werden jedes Jahr 700.000 Frauen und Kinder Opfer des internationalen Menschenhandels; bis zu 120.000 davon werden jährlich nach Westeuropa verschleppt. Einem Bericht des Europarats zufolge ist der Menschenhandel die drittgrößte Einnahmequelle der organisierten Kriminalität. Zahlen wie diese sind freilich mit Vorsicht zu genießen – sie ergeben sich aus groben Schätzungen basierend auf nicht systematisch erfassten und vergleichbar gemachten Daten. So kann eine niedrige Zahl für ein Land gemeldeter Fälle verschiedene Ursachen haben. Auf der einen Seite könnte der Menschenhandel in diesem Land tatsächlich wenig ausgeprägt sein. Auf der anderen Seite werden vielleicht nur vergleichsweise wenige der vorhandenen Fälle gemeldet, beispielsweise weil die Gesetze laxer sind, oder die Polizei und Bürokratie ineffizient oder gar korrupt ist.

Ein aktuelles Forschungsprojekt der Professur für Entwicklungsökonomik und Internationale Wirtschaft (Axel Dreher) versucht, dieser Frage auf den Grund zu gehen. Das Projekt mit dem Arbeitstitel „Indexing Trafficking in Human Beings: Gauging its Trends, Causes and Consequences in the European Dimension“ wird von der Europäischen Kommission gefördert und beabsichtigt, vergleichbare landes- und regionenspezifische Statistiken zu erstellen, die ein europaweit abgestimmtes Vorgehen gegen den Menschenhandel ermöglichen. Hierfür hat die Europäische Kommission, Directorate-General Justice, Freedom and Security Forschungsgelder in Höhe von ca. 324.000 Euro genehmigt (Action Grant 2009).

Über einen Zeitraum von zwei Jahren werden sich nun Wissenschaftler aus Göttingen, der London School of Economics and Political Science, der niederländischen Tilburg Universität, der State University of New York, des United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute und der International Organization for Migration mit der Frage beschäftigen, wie der Menschenhandel am besten quantifiziert werden kann, sowie welche Ursachen und Auswirkungen damit einhergehen.

In Göttingen sollen zunächst wissenschaftliche Daten aus unterschiedlichen Statistiken ausgewertet werden. Basierend auf bereits vorhandenen Datenbanken wie der des United Nations Office on Drugs and Crime wird ein „Composite Index of Trafficking in Europe (CITE)“ berechnet. Darauf ausbauend sollen verschiedene Forschungsarbeiten mit den Projektpartnern die Hauptgründe und Auswirkungen des Menschenhandels eingehend untersuchen.

Spezifische Projekte werden sich mit dem Zusammenspiel ökonomischer, sozialer und politischer Faktoren und dem Menschenhandel in den zu untersuchenden Ländern beschäftigen. Beispielsweise soll die Beziehung zwischen ökonomischem und sozialem Status der Opfer und der Wahrscheinlichkeit, in den Menschenhandel verwickelt zu werden untersucht werden. Ein weiteres Teilprojekt wird sich mit dem Zusammenhang zwischen Bürgerkriegen und Menschenhandel befassen.

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- **Dreher, A.** / Mölders, F. / Nunnenkamp, P. (2010), Aid Delivery through Non-governmental Organisations: Does the Aid Channel Matter for the Targeting of Swedish Aid?, in: World Economy 33, (2).
- **Dreher, A.** / Kotsogiannis, Ch. / McCorriston, S. (2009), How do Institutions Affect Corruption and the Shadow Economy?, in: International Tax and Public Finance 16, (6).
- Büttner, Th. / Enß, P. / **Schwager, R.** (2009), Zur Bestimmung notwendiger Ausgaben kommunaler Körperschaften, in: Der moderne Staat (2).

Ausländische Gastwissenschaftler vor Ort

Im Rahmen einer vom DAAD geförderten Gastprofessur sind im Sommersemester die Wissenschaftler Prof. Ronald B. Davies, Ph.D., Dublin und Prof. Panu Poutvaara, Helsinki am **cege** zu Gast. Weiterhin ist Prof. Christian Bjørnskov, Associate Professor an der University of Aarhus, im Sommersemester visiting professor an der Professur für Entwicklungsökonomik und Internationale Wirtschaft.

Sonstige Neuigkeiten aus dem cege

Im Oktober 2009 bzw. Februar 2010 schlossen die beiden langjährigen Mitarbeiter des **cege**, **Susanne Lechner** und **Sascha Wolff**, ihre Promotionen erfolgreich ab. Während sich Susanne Lechner mit dem Thema „Das Austrittsrecht im Vertrag von Lissabon: eine ökonomische Analyse“ beschäftigte, verfasste Sascha Wolff seine Dissertationsschrift zur „Ost-West-Wanderung im wiedervereinten Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven“. Susanne Lechner ist mittlerweile Leiterin des Referats Europäische Wirtschaftspolitik beim DIHK, Berlin und Brüssel.

cege-Forschungskolloquium im Sommer 2010

Im Sommersemester 2010 werden im Rahmen des **cege**-Forschungskolloquiums folgende Referenten vortragen:

- **Prof. Ronald B. Davies, Ph.D.** (University College Dublin, Irland)
- **Prof. Arye L. Hillman, Ph.D.** (Bar-Ilan University, Israel)
- **Prof. Panu Poutvaara** (University of Helsinki, Finnland)
- **Prof. Roger Congleton, Ph.D.** (George Mason University, USA)
- **Prof. Dr. Wolfgang Eggert** (Universität Paderborn)
- **Prof. Holger Görg, Ph.D.** (Christian-Albrechts-Universität Kiel)
- **Dr. Marcel Fratzscher** (Leiter International Policy Analysis Division, Europäische Zentralbank)

Das aktuelle Programm finden Sie unter <http://www.uni-goettingen.de/de/65174.html>

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung (**cege**), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 70 91, **Fax** 0551 / 39 70 93, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführender Direktor:** Prof. Dr. Axel Dreher, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Renate Ohr, Dr. Sascha Wolff, **Druck:** GWDG, Göttingen